ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Boss, Alfred; Meier, Carsten-Patrick

Article — Digitized Version

Wachstums-Schlusslicht Deutschland: ein Beitrag zur Debatte

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Meier, Carsten-Patrick (2002) : Wachstums-Schlusslicht Deutschland: ein Beitrag zur Debatte, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 158-171

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/2791

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

„Wachstums-Schlusslicht Deutschland“: Ein Beitrag zur Debatte

Von **Alfred Boss** und **Carsten-Patrick Meier**

Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland ist im vergangenen Jahr deutlich hinter dem in den übrigen Ländern des Euroraums zurückgeblieben. Während das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2001 um nur 0,6 Prozent zunahm, erzielten die übrigen Länder des Euroraums zusammengenommen eine Erhöhung um 1,9 Prozent. Da Deutschland in den beiden Jahren zuvor ebenfalls einen geringeren Produktionsanstieg zu verzeichnen hatte als der Rest des Euroraums und auch für 2002 mit einer geringeren Zunahme zu rechnen ist (Gern et al. 2002), stellt sich die Frage, ob Deutschland einem niedrigeren Wachstumspfad folgt als das übrige Euroland und, wenn ja, ob einige der in der Öffentlichkeit diskutierten Faktoren damit im Zusammenhang stehen.

Wächst Deutschland langsamer als der übrige Euroraum?

Untersuchungen des Potentialwachstums einer Volkswirtschaft lassen sich nicht anhand von Beobachtungen einzelner Jahre anstellen, da das Wachstum überlagert wird durch konjunkturelle Effekte. Diese sind für die Geldpolitik, nicht aber für die allgemeine Wirtschaftspolitik maßgeblich. Von den Differenzen beim Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts zwischen Deutschland und dem Rest des Euroraums in den vergangenen drei Jahren kann daher noch nicht auf ein im Vergleich niedriges Potentialwachstum in Deutschland geschlossen werden. So dürften Deutschland und die übrigen Länder in den vergangenen Jahren von asymmetrischen Schocks durch den Außenhandel getroffen worden sein, da sich die Außenhandelsstrukturen unterscheiden. Zudem wurde die Konjunktur durch die Finanzpolitik unterschiedlich beeinflusst.

Deutschland weist jedoch nicht erst in jüngster Zeit geringere Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts auf. Tatsächlich war der Produktionsanstieg in jedem Jahr seit 1993 kleiner oder (wie im Jahr 1994) höchstens genauso hoch wie im übrigen Euroraum. Im Durchschnitt der Jahre 1992–2001, dem Zeitraum, für den vergleichbare Daten vorliegen, blieb der Zuwachs in Deutschland um 0,7 Prozentpunkte hinter dem im restlichen Euroraum zurück (Tabelle 1). Auch wenn man auf die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf abstellt, um Unterschiede in der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials näherungsweise zu berücksichtigen, ändert sich die Wachstumsdifferenz zum übrigen Euroraum nicht, denn beide Gebiete wiesen über den betrachteten Zeitraum einen identischen Bevölkerungsanstieg auf. Stellt man dagegen nur auf die Zuwachsraten seit 1995 ab, um die Effekte der Rezession Anfang der neunziger Jahre und den Aufbauboom in Ostdeutschland aus der Rechnung auszuklammern, so lag das deutsche Pro-Kopf-Wachstum einen vollen Prozentpunkt unter dem des übrigen Euroraums.

Tabelle 1: Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland und im Euroraum

	1992–2001[a]	1995–2001[a]
Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in Prozent		
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995		
Deutschland	1,5	1,6
Westdeutschland[b]	1,2	1,6
EU-12	1,9	2,3
EU-12 ohne Deutschland	2,2	2,7
„Reiche" EWU-Länder[c]	1,9	2,3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 ohne Bauwirtschaft[d]		
Deutschland	1,4	1,9
Westdeutschland[b]	1,2	1,6
Euroraum[e] ohne Deutschland	2,0	2,4
„Reiche" EWU-Länder[c,f]	1,9	2,3
Bevölkerung		
Deutschland	0,3	0,1
Westdeutschland[b]	0,5	0,3
EU-12	0,3	0,2
EU-12 ohne Deutschland	0,3	0,3
„Reiche" EWU-Länder[c]	0,3	0,3
Differenz der Pro-Kopf-Zuwachsraten in Prozentpunkten		
Reales Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995		
EU-12 ohne Deutschland – Deutschland	0,7	1,0
„Reiche" EWU-Länder – Westdeutschland	0,9	0,7
Reales Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 ohne Bauwirtschaft		
EU-12 ohne Deutschland – Deutschland	0,6	0,4
„Reiche" EWU-Länder – Westdeutschland	0,9	0,6

[a] Daten für den Euroraum teilweise geschätzt. – [b] Einschließlich Berlin, ab 1999 ohne Ost-Berlin. – [c] Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande und Österreich. – [d] Reales Bruttoinlandsprodukt abzüglich Bauinvestitionen. – [e] 1992–1995: EU-12 ohne Griechenland, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Spanien. 1996–2001; EU-12 ohne Griechenland und Portugal. – [f] Bis 1995 ohne Luxemburg und Niederlande.

Quelle: Eurostat (2001), Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), Fachserie 18, Reihe 1.3; Fachserie 18, Reihe 3, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2001), eigene Berechnungen.

Der Vergleich der bloßen Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf könnte allerdings aus verschiedenen Gründen nicht sehr aussagekräftig sein. Ein Einwand könnte lauten, dass der gesamte übrige Euroraum sich nicht gut als Maßstab für Deutschland und die deutsche Wirtschaftspolitik eignet, da sich Länder mit einem vergleichsweise niedrigen Pro-Kopf-Einkommen wie Spanien, Portugal, Griechenland und Irland in einem wirtschaftlichen Aufholprozess befanden und daher „naturgemäß" ein höheres Potentialwachstum aufwiesen. Für Finnland, das

nach den Umwälzungen in Osteuropa bis Mitte der neunziger Jahre seine Handelsbeziehungen völlig neu strukturieren musste, gilt dies in abgewandelter Form ebenfalls. Es zeigt sich jedoch, dass Deutschland auch gegenüber dem Durchschnitt der „reichen" Länder des übrigen Euroraums (Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich) in den Jahren 1992–2001 geringere durchschnittliche Pro-Kopf-Zuwächse aufwies. Stellt man den Vergleich ferner nur für Westdeutschland an, so ergibt sich für die Periode 1992–2001 ein Wachstumsunterschied von 0,9 Prozentpunkten und für den Zeitraum 1995–2001 einer von 0,7 Prozentpunkten.

Als weiterer Einwand wird zuweilen genannt, dass die unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten vor allem auf die divergierenden Entwicklungen im Bausektor zurückzuführen sind. Tatsächlich entwickelte sich die Bauproduktion in Deutschland im Verlauf der neunziger Jahre fast spiegelbildlich zu der im restlichen Euroraum, während das Verlaufsmuster im übrigen produzierenden Gewerbe starke Übereinstimmungen zeigt. Während Deutschland infolge des Sanierungsbedarfs in Ostdeutschland, des deutlichen Anstiegs der Wohnbevölkerung in Westdeutschland sowie erheblicher staatlicher Förderung Anfang der neunziger Jahre einen Bauboom erlebte, ging die Bauproduktion im übrigen Euroraum zu jener Zeit zurück. Seit 1995 sinkt in Deutschland die Bauproduktion, während sie im übrigen Euroraum zunimmt. Freilich dürften sich diese gegensätzlichen Entwicklungen in ihrem Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt bei der Durchschnittsbildung über die Jahre 1992–2001 weitgehend aufheben. Berechnet man die hypothetische Zunahme des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf ohne Bauproduktion[1] über die vergangenen zehn Jahre, so ergibt sich, dass Deutschland bei diesem Maß im Durchschnitt des gesamten Zeitraums 1992–2001 um 0,6 Prozentpunkte hinter dem übrigen Euroraum, Westdeutschland sogar um 0,9 Prozentpunkte hinter den anderen „reichen" Ländern zurücklag. Im Zeitraum 1995–2001 beträgt der durchschnittliche Vorsprung des übrigen Euroraums vor Deutschland 0,4 Prozentpunkte.

Es lässt sich somit der Schluss ziehen, dass Deutschland im vergangenen Jahrzehnt ein geringeres Wachstum des Produktionspotentials realisiert hat als der übrige Euroraum. Je nach dem konkreten Vergleichsmaßstab und der betrachteten Periode liegt der Wachstumsunterschied bei 0,4 bis 1,0 Prozentpunkten. Damit stellt sich die Frage nach den Ursachen für das Zurückbleiben Deutschlands.

Zur Bedeutung der Finanzpolitik

Ein Faktor, der die Differenz zwischen der Wachstumsrate für Deutschland und den Raten für den übrigen Euroraum bzw. für einzelne Länder dieser Region erklären könnte, ist die unterschiedliche Ausrichtung der Finanzpolitik in den neunziger Jahren. Der mittelfristige Einfluss der Finanzpolitik auf die wirtschaftliche Aktivität lässt sich an der Höhe der Staatsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt messen; diese können als Indikator der gegenwärtigen und der künftigen Steuer- und Sozialabgabenbelastung angesehen werden.

[1] Für die Berechnung wird die Bauproduktion durch die realen Bauinvestitionen approximiert.

In Deutschland haben die Staatsausgaben im Zeitraum 1991–2001 etwa in dem Maße zugenommen, in dem das nominale Bruttoinlandsprodukt gestiegen ist; die Ausgabenrelation war im Jahr 2001 um 0,3 Prozentpunkte höher als zehn Jahre zuvor.[2,3] In vielen anderen Ländern, die zur Währungsunion gehören, haben die Staatsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 1991 bis 2001 abgenommen, teilweise sogar deutlich. In Irland sank das Verhältnis um 11,3 Prozentpunkte, in Italien, in den Niederlanden und in Finnland um jeweils reichlich 8 Prozentpunkte. In Frankreich hat sich die Relation – wie in Deutschland – nur wenig verändert, in Griechenland ist sie gestiegen. Im gesamten Euroraum hat die Ausgabenrelation im Zeitraum 1991–2001 um rund 2,5 Prozentpunkte abgenommen.

Die Bedeutung der Finanzpolitik als Determinante des wirtschaftlichen Wachstums zeigt sich, wenn für die einzelnen Länder des Euroraums die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum 1991 bis 2001 der Veränderung der Relation der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt in demselben Zeitraum gegenübergestellt wird.[4] Es gibt einen – freilich sehr lockeren – Zusammenhang zwischen den beiden Größen (Schaubild 1). Das unterschiedliche Wachstumstempo in den Ländern des Euroraums lässt sich demnach teilweise durch die Unterschiede der Finanzpolitik in den einzelnen Ländern erklären.[5]

Die Tatsache, dass die Staatsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in den neunziger Jahren gestiegen sind, ist im Zusammenhang mit

---

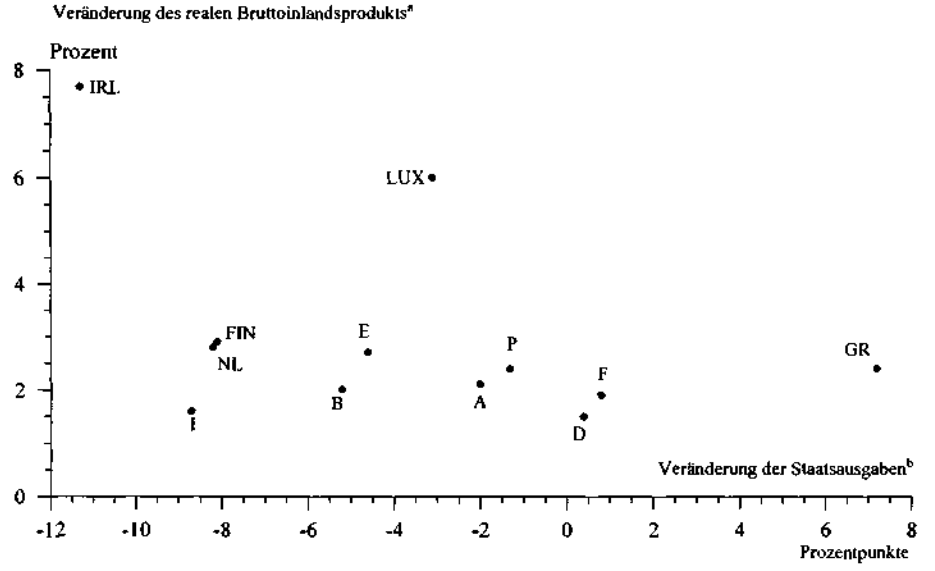
[2] Dies zeigen die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für den Sektor Staat, wenn sie in zweierlei Hinsicht bereinigt werden. Erstens: Die Treuhandanstalt wird als Teil des Staatssektors erfasst; dadurch erhöhen sich die Ausgaben (und verändern sich in geringem Maße die Einnahmen) für die Jahre 1991–1994, die Ausgaben für das Jahr 1995 werden geringer (konkret: die Vermögensübertragung des Staates an den Unternehmenssektor in Höhe der vom Bund übernommenen Schulden der Treuhandanstalt (122,5 Mrd. €) entfällt). Zweitens: Die Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen im Jahr 2000 (50,8 Mrd. €) werden als Einnahmen und nicht als negative Ausgaben des Staates betrachtet.

[3] Die OECD (2001a) weist die Ausgaben und die Einnahmen des Staates niedriger als die amtliche Statistik aus; bestimmte Aktivitäten des Staates werden netto veranschlagt. Die Entwicklung der Ausgaben gemäß OECD im Zeitraum 1991–2001 entspricht derjenigen gemäß den VGR des Statistischen Bundesamtes (2001). Die Ausgaben nahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 1,5 Prozentpunkte zu; der um etwa einen Prozentpunkt stärkere Anstieg beruht darauf, dass – wie in den VGR – die Aktivitäten der Treuhandanstalt in den Jahren 1991–1994 nicht als solche des Staatssektors erfasst werden.

[4] Zwar sind bei empirischen Analysen zur Erklärung der Unterschiede des Wachstums der Wirtschaft – der Natur der Sache entsprechend – eigentlich konjunkturbereinigte Daten zu verwenden, die Unterschiede zwischen den Veränderungen des realen Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum 1991–2001 bzw. die Veränderungen der Ausgabenrelationen in diesem Zeitraum, auf die hier für die einzelnen Länder abgestellt wird, sind aber allenfalls geringfügig durch die Konjunktur beeinflusst. Der Output Gap hat sich von 1991–2001 in allen Ländern des Euroraums in sehr ähnlichem Maße verändert; im Euroraum insgesamt hat er um knapp 2 Prozentpunkte abgenommen.

[5] Nach empirischen Untersuchungen, die sich allerdings auf mehrere Dekaden beziehen (Heitger 1998; Fölster und Henrekson 2001), geht eine Zunahme (Abnahme) der Staatsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um einen Prozentpunkt mit einer um rund 0,08 Prozentpunkte reduzierten (erhöhten) Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts einher.

Schaubild 1: Bruttoinlandsprodukt und Staatsausgaben in den Ländern des Euroraums 1991 bis 2001



[a] Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent. – [b] In Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: OECD (2001a), Statistisches Bundesamt (2001), eigene Berechnungen.

den hohen Finanztransfers in die neuen Länder zu sehen. Diese Transfers, die insbesondere vom Bund, von den alten Ländern und von der Sozialversicherung West geleistet werden, beliefen sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf rund 450 Mrd. Euro bzw. rund 90 Mrd. Euro je Jahr (Boss und Rosenschon 1996), im Jahr 1995 waren es 5½ Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt Westdeutschlands (einschl. Berlins). Sie wurden zu großen Teilen konsumtiv verwendet, beispielsweise zur Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung und der Altersrenten. Nach anderen Berechnungen waren die Finanztransfers zwar etwas geringer, aber ebenfalls sehr hoch (Tabelle 2). In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre haben die öffentlichen Leistungen an die neuen Länder sowie an Ostberlin nicht mehr zugenommen (Deutsche Bundesbank 1998); dabei waren die konsumtiven Transfers von unverändert großer Bedeutung.

Bei der Bewertung der hohen Staatsausgaben in Deutschland ist auch zu bedenken, dass die Subventionen im gesamten Bundesgebiet sehr hoch waren (Boss und Rosenschon 2000). Ferner ist zu berücksichtigen, dass die Arbeitsanreize – im Osten wie im Westen – durch die Ausgestaltung des Sozialsystems erheblich beeinträchtigt werden (Boss 2001) – mit der Folge beträchtlicher Aufwendungen für Sozialtransfers.

Eine hohe Abgabenbelastung ist das unvermeidliche Gegenstück zu den hohen Staatsausgaben. Die Anreize, erwerbstätig zu werden, mehr zu arbeiten oder sich

Tabelle 2: Öffentliche Leistungen[a] für Ostdeutschland 1991–1998 (Mrd. €)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Boss und Rosenschon (1996)	66	129	191	85	72	.	.	.
Deutsche Bundesbank (1998)	54	58	65	64	72	72	70	72
Sachverständigenrat (1995)	54	67	70	67	82	.	.	.
Lichtblau (1995)	67	76	86	83	76	.	.	.

[a] Nettoleistungen in der jeweiligen Abgrenzung.

Quelle: Boss und Rosenschon (1996: 19), Deutsche Bundesbank (1995: 1998), Lichtblau (1995), Sachverständigenrat (1995).

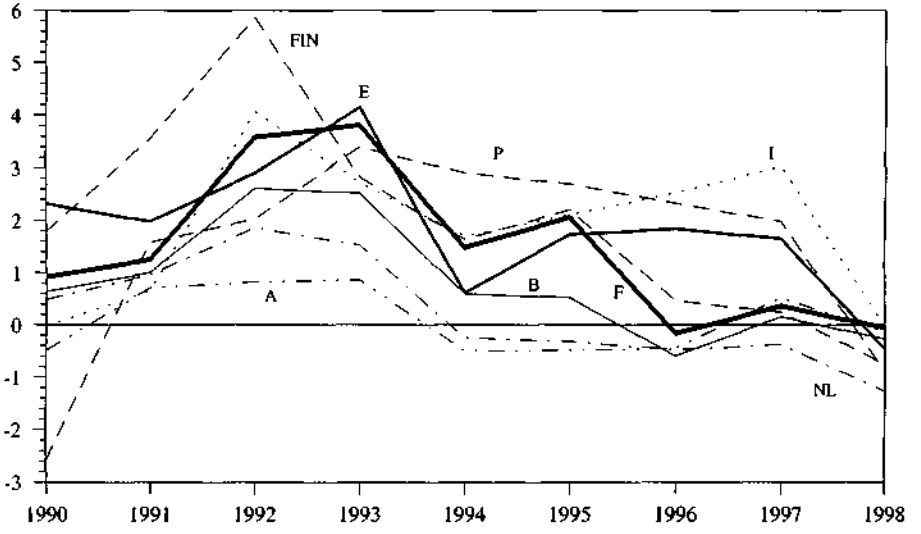
zu qualifizieren, werden durch die immense marginale Steuer- und Sozialabgabenbelastung gemindert. Die Korrekturen des Einkommensteuertarifs, zu denen es immer wieder kam, haben daran so gut wie nichts geändert (Boss 2000).

Deutschland als Verlierer der Währungsunion?

Die vergangenen zehn Jahre waren im Euroraum geprägt durch einschneidende Veränderungen im monetären Bereich. Die zum Teil hohen Risikoaufschläge, mit denen die Märkte die Zinsen in einigen Ländern des heutigen Euroraums bis in die Mitte der neunziger Jahre versahen, verringerten sich im Zuge des Konvergenzprozesses zunehmend und verschwanden mit Beginn der Währungsunion fast vollständig. Seither besteht im Euro-Währungsgebiet ein gemeinsamer Geld- und Kapitalmarkt mit einheitlichen Geldmarktzinsen und nahezu einheitlichen Kapitalmarktzinsen. Gleichzeitig stabilisierten sich die Wechselkurse zwischen den Teilnehmerländern, bis sie am 1. Januar 1999 unwiderruflich fixiert wurden. Deutschland, dessen niedriges Zinsniveau das Ziel des Konvergenzprozesses in den übrigen Ländern war, profitierte nicht von den damit verbundenen Zinssenkungen. Ist Deutschland der Verlierer der Integration?

Tatsächlich könnte die Zinsentwicklung eine Ursache für vorübergehend unterschiedliche Zuwachsraten gewesen sein. Bis zum Beginn der Währungsunion lag das Zinsniveau in einigen Ländern des Euroraums nicht nur nominal, sondern auch real zum Teil erheblich über dem deutschen Niveau (Schaubild 2). In Italien, Spanien und Portugal lagen die Realzinsen noch bis 1997, in Frankreich und in Finnland bis 1995, um 2–3 Prozentpunkte über dem deutschen Realzins. Während der EWS-Krise 1992/93 war der reale Zinsabstand sogar noch deutlich größer. Durch die Verringerung der Realzinsen dürfte die Konjunktur in diesen Ländern deutlich angeregt worden sein. Da in Deutschland diese Anregungen ausblieben, verlief die Entwicklung ab Mitte der neunziger Jahre ruhiger.

Schaubild 2: Realzinsen in ausgewählten Ländern des Euroraums 1990–1998
Differenz zum kurzfristigen Realzins in Deutschland[a]



[a] Differenz zwischen dem Dreimonatsgeldmarktsatz im jeweiligen Land, deflationiert mit dem Anstieg der Verbraucherpreise in diesem Land gegenüber dem Vorjahr, und dem deutschen Dreimonatsgeldmarktsatz deflationiert mit dem Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland.

Quelle: Sachverständigenrat (2001: 374–378), eigene Berechnungen.

Wurde Deutschland möglicherweise durch den Konvergenzprozess sogar belastet? Immerhin büßten im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen in Deutschland gegenüber Konkurrenten aus dem übrigen Euroraum den Vorteil der niedrigeren Kapitalkosten ein. Das Argument übersieht allerdings, dass die Aufschläge gegenüber dem deutschen Zinsniveau, die einige Länder in der Zeit vor der Währungsunion entrichten mussten, Ausdruck der Markterwartung waren, dass die Währungen dieser Länder im Rahmen eines Realignments gegenüber der D-Mark abgewertet werden. Tatsächlich wurden sie dann auch nominal (und real) abgewertet – zu Lasten der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Tabelle 3 zeigt für die Länder des heutigen Euroraums die durchschnittlichen Aufschläge gegenüber dem deutschen Geldmarktzins und die durchschnittlichen Abwertungsraten gegenüber der D-Mark über den Zeitraum 1980–1998 sowie über die Teilperioden 1980–1989 und 1990–1998. Es fällt zunächst auf, dass für Währungen der Länder, die sich wie Österreich und die Niederlande – in den neunziger Jahren auch Belgien und Frankreich – glaubwürdig auf eine Beibehaltung ihres Wechselkurses zur D-Mark verpflichtet hatten, nur sehr geringe Zinsaufschläge zu zahlen waren. Dagegen mussten für die Lira, die Peseta und den Escudo, die noch bis Mitte der neunziger Jahre deutlich gegenüber der

Tabelle 3: Geldmarktzinsen und Wechselkurse der Länder des Euroraums 1980–1998

	Belgien/ Luxemburg	Finnland	Frankreich	Irland	Italien	Niederlande	Österreich	Portugal	Spanien
					1980–1989				
Zinsaufschlag[a]	3,84	5,94	4,16	6,32	8,71	0,40	0,25	10,19	8,25
Abwertungsrate[b]	2,67	0,73	3,72	3,38	4,65	0,30	–0,36	10,84	5,28
Zinsaufschlag – Abwertungsrate	1,17	5,22	0,44	2,94	4,06	0,10	0,61	–0,64	2,97
					1990–1998				
Zinsaufschlag	0,33	1,71	0,90	2,04	3,74	–0,88	0,00	5,35	3,75
Abwertungsrate	–0,17	3,13	–0,13	0,69	3,30	–0,01	0,00	2,21	3,26
Zinsaufschlag – Abwertungsrate	0,50	–1,42	1,03	1,35	0,44	–0,07	0,00	3,13	0,48
					1980–1998				
Zinsaufschlag	2,18	3,94	2,61	4,29	6,36	0,17	0,13	7,90	6,12
Abwertungsrate	1,33	1,87	1,92	2,12	4,01	0,16	–0,19	6,85	4,33
Zinsaufschlag – Abwertungsrate[c]	0,85	2,07	0,70	2,18	2,35	0,02	0,32	1,05	1,79
	(0,92)	(1,89)	(0,98)	(1,29)	(1,64)	(0,18)	(0,18)	(2,14*)	(1,74)

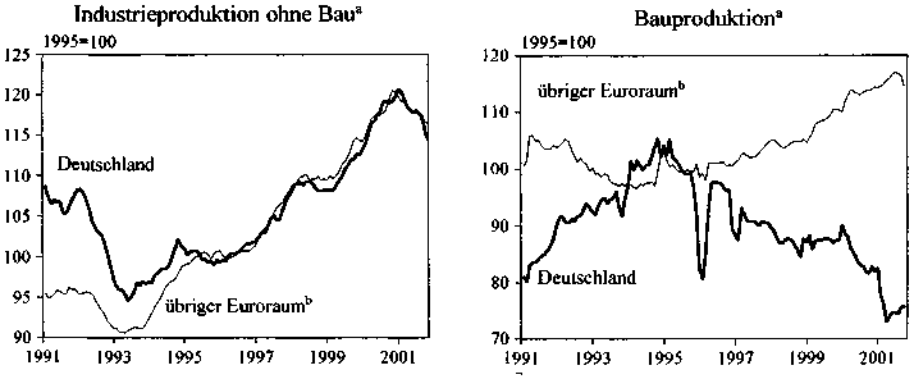
[a] Durchschnittliche Differenz zwischen Geldmarktzins im jeweiligen Land und dem deutschen Geldmarktzins in Prozentpunkten. Auf Basis von Jahresdurchschnittswerten. – [b] Durchschnittliche Abwertungsrate der Währung des jeweiligen Landes gegenüber der D-Mark. Auf Basis von Jahresdurchschnittswerten. – [c] In Klammern: t-Statistik für den Test der Hypothese, dass die Differenz von Zinsaufschlag und Abwertungsrate gleich null ist. Kritischer Wert bei 34 Freiheitsgraden und einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 0,05: 2,03. Signifikanter Wert mit * markiert.

Quelle: Sachverständigenrat (2001: 362–380), eigene Berechnungen.

D-Mark abwerteten, relativ hohe Aufschläge entrichtet werden, da der Markt die Abwertungen antizipierte. Die durch die Zinsaufschläge reflektierten Abwertungserwartungen lagen dabei im langjährigen Durchschnitt weitgehend richtig. Über den Gesamtzeitraum weicht der durchschnittliche Zinsaufschlag gegenüber dem deutschen Zinsniveau nur bei einem Land – Portugal – signifikant von der Abwertungsrate gegenüber der D-Mark ab. Im Zeitraum 1990–1998 lag die mittlere Abweichung wiederum nur bei Portugal deutlich über einem Prozentpunkt, in den meisten Fällen war sie sogar deutlich geringer. Das höhere Zinsniveau in einigen Ländern reflektierte somit die erwartete und dann auch ziemlich exakt die tatsächliche Abwertung der betreffenden Währung gegenüber der D-Mark.

Den Wettbewerbsvorteilen, die deutsche Unternehmen gegenüber Konkurrenten aus Hochzinsländern vor Beginn der Währungsunion bei der Kapitalbeschaffung hatten, standen somit im längerfristigen Durchschnitt vor 1999 die Auf-

Schaubild 3: Sektorale Produktion in Deutschland und im übrigen Euroraum



[a] Saisonbereinigt, gleitende Dreimonatsdurchschnitte – [b] eigene Berechnung.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, EZB (lfd. Jgg.), *Monatsbericht*, eigene Berechnungen.

wertungen der D-Mark gegenüber den Währungen der Hochzinsländer gegenüber.[6] Auch wenn sich der Kapitalkosteneffekt und der Wechselkurseffekt nicht direkt gegeneinander aufrechnen lassen, so scheint doch das Urteil gerechtfertigt, dass der Konvergenzprozess und die Währungsunion kaum Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen hatten. Die Auswirkungen der unterschiedlichen Verläufe der Realzinsen in Deutschland und im übrigen Euroraum dürften somit im Wesentlichen auf die binnenwirtschaftlichen Bereiche der Volkswirtschaften beschränkt geblieben sein und über diese zu Unterschieden in den Zuwachsraten beim Bruttoinlandsprodukt geführt haben. Dafür spricht die Beobachtung, dass die – weitgehend von binnenwirtschaftlichen Faktoren bestimmte – Bauproduktion, die in Deutschland ab Mitte der neunziger Jahre rückläufig ist, im übrigen Euroraum seither stark expandiert, während die – exportorientierte – Industrieproduktion im selben Zeitraum in Deutschland mit nahezu dem gleichen Tempo zunahm wie im übrigen Euroraum (Schaubild 3).

Einem verwandten Argument zufolge wird Deutschland durch die Währungsunion benachteiligt, weil mit dem Wegfall des Wechselkursrisikos das wesentliche Hindernis für Investitionen in Ländern, die zu Abwertungen neigten, beseitigt sei, mit der Folge, dass Kapital nun vermehrt in diese Länder abfließe und die Kapitalbeschaffung für deutsche Unternehmen teurer werde (Sinn 2002). Auch dieses Argument vernachlässigt den engen Zusammenhang zwischen Zin-

[6] Die Argumentation wird hier für den nominalen Zinsaufschlag und die nominalen Wechselkursänderungen geführt. Für die realwirtschaftlichen Entscheidungen über Investitionen, Exporte usw. sind natürlich der Realzins und der reale Wechselkurs von Bedeutung. Das Argument gilt jedoch für den Zusammenhang von Realzinsen und realem Wechselkurs analog.

sen und Wechselkursen, der vor Beginn der Währungsunion im heutigen Euroraum vorlag, und vermag daher nicht zu überzeugen. Folgt man den Ergebnissen in Tabelle 3, so wurde das Wechselkursrisiko einer Anlage in einem monetär instabilen Land wie etwa Italien vor Beginn der Währungsunion, zumindest im langjährigen Durchschnitt, nahezu vollständig durch die höheren Zinsen in diesem Land abgegolten. Eine zusätzliche Risikoprämie, etwa für die Inkaufnahme der mit der höheren Wechselkursvolatilität verbundenen Unsicherheit, existierte demnach entweder überhaupt nicht oder nur in sehr geringem Umfang. Anders ausgedrückt: Stellt man die jeweils erwartete Abwertung gegenüber der D-Mark in Rechnung, so verschwindet das vermeintliche Ertragsgefälle zu Lasten Deutschlands vor Beginn der Währungsunion nahezu vollständig. Da so gesehen bereits vor 1999 ein einheitliches nominales Zinsniveau im heutigen Euro-Währungsgebiet existierte, hatte der Wegfall des Wechselkursrisikos im Zuge der unwiderruflichen Kursfixierung keine Auswirkungen auf die relative Vorteilhaftigkeit einzelner Länder für Kapitalanlagen. Entsprechend hat es eine Belastung deutscher Unternehmen infolge des Eintritts in die Währungsunion nicht gegeben.

Liegt Deutschland wegen mangelnder Arbeitsmarktflexibilität zurück?

Eine wesentliche Determinante der Wachstumsdynamik eines Landes stellt die Funktionsweise des Arbeitsmarkts dar. So hat die Arbeitsmarktverfassung Einfluss auf die Beschäftigungsdynamik und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Beide Größen wirken auf die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts und auf das Produktionspotentialwachstum. Nationale Unterschiede in der Arbeitsmarktverfassung, insbesondere in der Flexibilität des Arbeitsmarkts, können daher zu unterschiedlichem Potentialwachstum führen.

Zur Beurteilung der Arbeitsmarktverfassung eines Landes hat die OECD eine Vielzahl von Indikatoren erhoben und zusammengestellt, die einen Vergleich zwischen einzelnen Ländern erlauben. Auf der Basis dieser Daten lässt sich ein Eindruck davon gewinnen, ob der Arbeitsmarkt in Deutschland tatsächlich weniger flexibel ist als in den übrigen Ländern des Euroraums. Vier Aspekte sollen dabei als Maßstab herangezogen werden. Der erste ist der Umfang von Bestimmungen zum Kündigungsschutz. Ein umfangreicher Kündigungsschutz verringert die Flexibilität der einstellenden Unternehmen, erhöht die Kosten pro Arbeitsplatz und wirkt tendenziell beschäftigungshemmend. Gemessen wird dieser Aspekt durch einen von der OECD (1999a) ermittelten Index. Die zweite Messgröße sind die relativen Ausgaben für Lohnersatzleistungen und Frühverrentungsmaßnahmen[7] (OECD 1999b); denn je generöser die Lohnersatzleistungen sind, umso geringer ist der Anreiz zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung. Als dritter Indikator werden die Ausgaben für Maßnahmen der so genannten aktiven Arbeitsmarktpolitik je Arbeitslosen herangezogen (Martin 1998); angesichts der geringen Effek-

[7] Ausgaben für Lohnersatzleistungen und Frühverrentungsmaßnahmen je Arbeitslosen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

tivität dieser Maßnahmen (z. B. Schneider et al. 2000) lässt sich argumentieren, dass sie vor allem den Zweck haben, die Zahl der offiziell als arbeitslos Registrierten ohne einschneidende Reformen der Arbeitsmarktverfassung zu verringern. Schließlich werden vier Variablen zur Beschreibung des Lohnverhandlungssystems (OECD 1997) betrachtet, mit dem Argument, dass kollektive Lohnverhandlungssysteme dazu tendieren, den Wettbewerb von Arbeitsmarkt-Outsidern zu unterbinden und das Ausmaß der Lohndifferenzierung zu verringern, was ebenfalls die Beschäftigungsdynamik behindern dürfte. Alle Indikatoren beziehen sich auf die Mitte der neunziger Jahre.[8]

Die Indikatoren zeichnen ein heterogenes Bild der Arbeitsmarktordnungen für den Euroraum ohne Luxemburg sowie für das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten (Tabelle 4). Ein Wert unter 100 deutet dabei auf eine im Vergleich zu Deutschland flexiblere Arbeitsmarktordnung hin. Für den Euroraum ohne Deutschland wurde ein mit Anteilen am Bruttoinlandsprodukt von 1999 gewogener Mittelwert berechnet. Der Vergleich der Indikatorenstände für Deutschland mit diesem gewogenen Mittelwert für den übrigen Euroraum zeigt, dass Deutschland weniger umfangreiche Kündigungsschutzregeln hat und weniger Mittel für die Arbeitslosenunterstützung aufwendet. Für die aktive Arbeitsmarktpolitik wird dagegen in Deutschland deutlich mehr ausgegeben als im übrigen Euroraum. Der Organisationsgrad der Beschäftigten und der Erfassungsgrad von Tarifabschlüssen sind etwas höher als im übrigen Euroraum, der Zentralisationsgrad der Lohnverhandlungen ist gleich hoch und die Koordination zwischen den Arbeitgebern ist in Deutschland deutlich stärker ausgeprägt. Insgesamt legen die Indikatoren den Schluss nahe, dass die Arbeitsmarktordnung in Deutschland möglicherweise etwas weniger flexiblel gestaltet ist als im Durchschnitt des übrigen Euroraums, sehr ausgeprägt sind die Unterschiede zumindest bei den hier betrachteten Elementen wohl nicht.

Auffallende Differenzen ergeben sich dagegen im Vergleich zum Vereinigten Königreich und vor allem zu den Vereinigten Staaten, die bei allen Aspekten weitaus niedrigere Indikatorenstände aufweisen als Deutschland und die meisten anderen Länder des Euroraums. Unterschiede in der Arbeitsmarktverfassung mögen insofern eher geeignet sein, eine Erklärung für die Wachstumsdifferenz zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu liefern als für das Zurückbleiben Deutschlands hinter dem übrigen Euroraum.

Fazit

Deutschland ist im vergangenen Jahrzehnt um rund einen halben Prozentpunkt langsamer gewachsen als der übrige Euroraum. Als mögliche Ursachen wurden Unterschiede in der Finanzpolitik, Auswirkungen der Europäischen Währungsunion und des davor geschalteten Konvergenzprozesses sowie Differenzen in den nationalen Arbeitsmarktordnungen untersucht. Die Analyse hat gezeigt, dass alle

[8] Vgl. auch Gern et al. (2002). Die hier verwendeten OECD-Daten haben den Vorteil, dass sie sämtlich quantitativer Natur sind und sich daher für die Berechnung des Durchschnitts für den Euroraum ohne Deutschland besser eignen.

Tabelle 4: Indikatoren zur Arbeitsmarktverfassung in Deutschland und im übrigen Euroraum in den neunziger Jahren

	Kündigungsschutz	Arbeitslosenunterstützung[a]	Aktive Arbeitsmarktpolitik[b]	Organisationsgrad[c]	Erfassungsgrad[d]	Zentralisation[e]	Arbeitgeber-Koordination[f]
Deutschland	100	100	100	100	100	100	100
Belgien	96	158	71	186	98	100	67
Finnland	81	164	66	279	103	100	67
Frankreich	108	142	66	31	103	100	67
Griechenland	135	84	16	.	.	.	.
Irland	42	99	86	.	.	.	.
Italien	131	75	56	134	89	100	83
Niederlande	85	174	132	90	88	100	83
Österreich	88	98	59	145	107	100	100
Portugal	142	133	88	110	77	100	67
Spanien	119	120	19	66	85	100	67
Euroraum[g,h] ohne Deutschland	111	121	63	93	95	100	73
Nachrichtlich:							
Vereinigtes Königreich	35	69	31	117	51	75	33
Vereinigte Staaten	27	45	20	55	20	50	33

[a] Ausgaben für Lohnersatzleistungen und Frühverrentungsmaßnahmen je Arbeitslosen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – [b] Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik. – [c] Anteil der Beschäftigten, die Mitglied einer Gewerkschaft sind. – [d] Anteil der Beschäftigten, deren Löhne durch Tarifabschlüsse bestimmt werden. – [e] Gibt an, ob Lohnverhandlungen auf nationaler, sektoraler oder Unternehmensebene geführt werden. – [f] Anteil der Unternehmen, die einem Arbeitgeberverband angehören. – [g] Ohne Luxemburg. – [h] Gewichtet mit Anteilen am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1999.

Quelle: OECD (1997; 1999a; 1999b), Martin (1998), eigene Berechnungen.

drei Faktoren als Ursache in Frage kommen, auch wenn sie jeder für sich allein die Wachstumsdifferenz wahrscheinlich nicht zu erklären vermögen.

Hinsichtlich der Auswirkungen der Europäischen Währungsunion fällt das Urteil differenziert aus. Zwar hat der Rückgang der Realzinsen im übrigen Euroraum in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die wirtschaftliche Aktivität dort wohl angeregt, während diese Impulse in Deutschland ausblieben. Insofern spielt der Konvergenzprozess eine Rolle für die unterschiedlichen Zuwächse des realen Bruttoinlandsprodukts. Dieser Effekt dürfte jedoch im Wesentlichen auf den binnenwirtschaftlichen Bereich beschränkt geblieben und daher geringer sein als häufig vermutet. Zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gegenüber Konkurrenten aus dem Euroraum ist es wohl nicht gekommen.

Bezüglich der Arbeitsmarktordnung gibt es Indizien für eine etwas weniger flexible Ausgestaltung in Deutschland. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede gegenüber dem übrigen Euroraum allerdings insgesamt nicht. Freilich stützt sich dieser Befund auf recht „globale" Indikatoren, die zudem nur eine Momentaufnahme eines relativ kurzen Zeitraums darstellen; es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die spezielle Kombination oder einzelne Regelungen in Deutschland so ungünstig sind, dass sie das Wachstum stärker belasten als im übrigen Euroraum.

Schließlich sprechen die Daten dafür, dass zumindest ein Teil der Wachstumslücke zwischen Deutschland und dem übrigen Euroraum darauf zurückzuführen ist, dass der Staat in Deutschland einen höheren Anteil des Bruttoinlandsprodukts für sich beansprucht. Hier besteht ein Ansatzpunkt für die Wirtschaftspolitik, durch Rückführung der Staatsquote das Wachstum in Deutschland zu stärken.

Summary

In the nineties, the German economy grew about half a percentage point less than the rest of the European Monetary Union (EMU). The paper deals with potential reasons for this: differences in fiscal policy, interest rate effects of the convergence process leading to EMU and influences of the labor market institutions which differ between the single countries.

Whereas Germany did not see a change of the real interest rate in the second half of the nineties, economic growth in the other countries belonging now to the EMU was probably fostered by the decrease of real interest rates. However, the effect was only felt in the non-tradables sector. The international competitiveness of German firms was not significantly impaired in the process towards the EMU.

As to the labor market regimes, there are some hints that the German labor market is somewhat less flexible than the markets in the other EMU countries. Expenditures for persons in employment schemes are markedly above the level in the rest of the EMU and the wage formation process seems to be somewhat farer away from the ideal of free-market contracting than in other countries. But the figures for the labor market indicators are very rough ones related to a short period in the nineties only. Thus, it is not possible to reach clear-cut conclusions.

At least a part of the "growth gap" between Germany and the rest of EMU can be related to the difference in the relation of government expenditures to GDP. This relation was more or less constant in Germany in the nineties, whereas it declined significantly in the other EMU countries on average, thus contributing to higher growth there.

Literatur

Boss, A. (2000). Steuer- und Ausgabenpolitik in Deutschland. Kieler Arbeitspapiere 975. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

– (2001). Sozialhilfe, Lohnabstand, Leistungsanreize und Mindestlohnarbeitslosigkeit. Kieler Arbeitspapiere 1075. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Boss, A., und A. Rosenschon (1996). Öffentliche Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Bestandsaufnahme. Kieler Diskussionsbeiträge 269. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

– (2000). Subventionen in Deutschland: Eine Aktualisierung. Kieler Diskussionsbeiträge 356. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Deutsche Bundesbank (1995). Fortschritte im Anpassungsprozeß in Ostdeutschland und der Beitrag der Wirtschaftsförderung. *Monatsbericht* 47 (7): 39–56.

– (1998). Zur Wirtschaftslage in Ostdeutschland. *Monatsbericht* 50 (4): 41–54.

– (lfd.Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.

Eurostat (2001). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*. Luxemburg.

EZB (europäische Zentralbank) (lfd.Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.

Fölster, S., und M. Henrekson (2001). Growth Effects of Government Expenditure and Taxation in Rich Countries. *European Economic Review* 45 (8): 1501–1520.

Gern, K.-J., C. Kamps und J. Scheide (2002). Euroland: Der Aufschwung beginnt. *Die Weltwirtschaft* (1): 54–84.

Heitger, B. (1998). *Wachstums- und Beschäftigungseffekte einer Rückführung öffentlicher Ausgaben. Eine empirische Analyse für die OECD-Länder*. Kieler Studien 291. Tübingen.

Lichtblau, K. (1995). *Von der Transfer- in die Marktwirtschaft: Strukturpolitische Leitlinien für die neuen Länder*. Köln.

Martin, J. P. (1998). Labour Market and Social Policy. Occasional Papers 35. OECD, Paris.

OECD (1997). *Employment Outlook*. Paris.

– (1999a). *Employment Outlook*. Paris.

– (1999b). *Economic Outlook*. Dezember. Paris.

– (2001a). *Economic Outlook*. Dezember. Paris.

– (2001b). *Quarterly National Accounts* (3). Paris.

Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1995). *Im Standortwettbewerb. Jahrsgutachten 1995/96*. Stuttgart.

– (2001). *Für Stetigkeit – Gegen Aktionismus. Jahresgutachten 2001/02*. Stuttgart.

Schneider, H., A. Bergemann, O. Fuchs, W. Kempe, J. Kolb u.a. (2000). Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. Eine Bilanz der Vergangenheit und Ansätze für künftige Reformen. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen. Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Sinn, H.-W. (2002). Was der Euro wirklich bedeutet. Ifo-Standpunkt Nr. 31, http://www.ifo.de

Siebert, H. (2001). How the EU Can Move to a Higher Growth Path – Some Considerations. Kieler Diskussionsbeiträge 383. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Statistisches Bundesamt (2001). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht 2000*. Stuttgart.

– (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Stuttgart.

– (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2001). *Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2000*. Stuttgart.